

Matthias Schäfer

Vor sechzig Jahren, am 20. Juni 1948, schufen die Aufhebung der Preisbewirtschaftung und die Durchführung der Währungsreform durch Ludwig Erhard, den Direktor der Verwaltung für Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Entscheidungen hatten wegweisenden Charakter für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Geprägt von den schmerzlichen Erfahrungen der historischen Irrwege (Walter Eucken) von Sozialismus und Laisser-Faire-Kapitalismus, die den Menschen zum Spielball staatlicher oder privater Machtinteressen gemacht hatten, und im Angesicht von Zerstörung und grenzenloser Menschenverachtung des nationalsozialistischen Regimes sollte die Soziale Marktwirtschaft die Grundlage dafür liefern, das wirtschaftlich, sozial und moralisch völlig darniederliegende Deutschland wiederaufzurichten.

„Freie Wirtschaft, starker Staat“

Wichtigstes Element dieser menschenwürdigen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg sollte eine Wettbewerbsordnung sein, die den Einzelnen vor jeder Art von Zwang und Macht Dritter bewahren würde. Dabei kam dem Staat eine bedeutsame Rolle zu. Er sollte diesem Wettbewerb einen Rahmen geben, die Spielregeln festlegen und starker Schiedsrichter sein, das Spiel aber niemals selbst machen

(Wilhelm Röpke). In einer mit dem Titel „Freie Wirtschaft, starker Staat“ im Jahr 1932 überschriebenen Rede fasste Alexander Rüstow wegweisend die Kernelemente zusammen, die später Gründungskonsens der Sozialen Marktwirtschaft und der Bundesrepublik Deutschland werden sollten.

Die Soziale Marktwirtschaft war zunächst eine theoretische Konzeption, ersonnen in universitären Zirkeln mit Verbindungen zum deutschen Widerstand. Das dahinterstehende Bild vom Menschen, seine Verantwortung für sich und seine Einstellung gegenüber dem Gemeinwesen, verlangen aber mehr als das Verstehen ihrer Prinzipien und Wertvorstellung. Die Soziale Marktwirtschaft ist letztlich eine Idee von Mensch und Gesellschaft, eine geistige Haltung, eine Attitüde – sie röhrt an das Verständnis von einem tugendhaften Leben. Sie ist eine verletzliche, vielfältigen Versuchungen ausgesetzte Ordnung, denn ihre Stärke gründet nicht auf dem Einfluss von Partikularinteressen, auf Macht oder Geld. Ihr Faustpfand sind Einsicht und Überzeugtheit, persönliche Einstellungen, die niemand verordnen kann.

Theoretische Konzepte in der politischen Praxis

Die Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft von einer theoretischen Konzeption in die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland war auch dem historischen Glück zu verdanken, dass ihre Ideen von

Politikern wie Konrad Adenauer und Franz Böhm aufgegriffen und in das Gründungsdokument der Bundesrepublik Deutschland, das Grundgesetz im Jahr 1949, gegossen wurden: Die Unveräußerlichkeit menschlicher Würde, der Katalog persönlicher und wirtschaftlicher Grundfreiheiten, ein privates, aber sozial verpflichtetes Eigentum und ein Staat, der sozialen Ausgleich gewährleistet. Die Soziale Marktwirtschaft stellt den Versuch dar, die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich (Alfred Müller-Armack) zu verbinden, diese Formel hat ihre Umsetzung im Grundgesetz gefunden. Viele weitere Schritte folgten: die Schaffung einer unabhängigen, der Geldwertstabilität verpflichteten Zentralbank oder eine Kartell- und Monopolgesetzgebung, die auf einen funktionierenden Wettbewerb ausgerichtet war. Auch der Europäische Binnenmarkt, die gemeinsame Währung oder die Grundfreiheiten der Europäer stehen in dieser Tradition.

Auch wenn die theoretischen Grundlagen und die ersten Schritte auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft historisch einmalig sind, so bleiben ihre zeitungebundenen Elemente in der globalisierten Welt ein Orientierungsrahmen für angemessenes staatliches und politisches Handeln zum Wohle von Menschen, Unternehmen und Gesellschaft.

Als tradierter Wert, gemeinsame Erfahrung und verbindender Zusammenhang ist sie eine der Prägungen unserer politischen Kultur. Und deshalb unverzichtbar in der Debatte um die Modernisierung der Bundesrepublik Deutschland. Denn ob der Staat seit den Gründerjahren in vielen Fällen seine Rolle als Schiedsrichter verlassen hat und als Spielmacher auf das Feld gegangen ist, diese Frage gehört zum offenen Kapitel „Bewährung der Sozialen Marktwirtschaft“, das fortlaufend kontrovers diskutiert und fortgeschrieben wird. Die Geschichte kommt also niemals an ein Ende.

Herausgeber und Redaktion gratulieren **Klaus Gotto** zum 65. Geburtstag.

Seit Langem ist er Redakteur unserer Zeitschrift.

Er war ein enger Mitarbeiter von Bundeskanzler Helmut Kohl, zuletzt als Ministerialdirektor im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Zuvor war er Gründungsdirektor und Leiter des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Nun ist der bei Konrad Repgen promovierte Historiker, der seine berufliche Laufbahn bei der Kommission für Zeitgeschichte begonnen hatte, zu seinen Anfängen zurückgekehrt.

Die Kommission, die sich der Katholizismusforschung verschrieben hat, wählte ihn kürzlich zu ihrem Vorsitzenden.